

«Net Zero»: Der grosse Klima-Schwindel

Vom Klimaversprechen zur CO₂-Buchhaltung - wie die Schweiz zum Pilotprojekt im grossen Klima-Schwindel wird

Vorwort für Schnell-Leser: Dieser «Net Zero»-Nonsense ist so absurd, als würde man uns das Atmen noch erlauben, aber nur unter Auflagen. Beim Einatmen enthält Luft rund 0,04 % CO₂ (ca. 400 ppm). Das ist ein winziger Anteil — und genau darauf beruht der aktuelle CO₂-Narrativ: ein Spurengas wird zur "Hauptgefahr" erklärt. Beim Ausatmen hingegen erhöht sich der CO₂-Anteil durch unseren Stoffwechsel auf etwa 4-5 %. Das zeigt: CO₂ ist kein Gift, sondern ein normaler Bestandteil biologischer Prozesse — wir produzieren es selbst ständig, und Pflanzen benötigen es zwingend.

In der Logik der Klimabuchhalter ist das bereits ein Umweltvergehen. Also müssten wir zur Kompensation jeden Tag z.B. zehn Franken für ein «Atemzertifikat» zahlen, natürlich digital, natürlich überwachbar, natürlich handelbar an der Börse. Was als Klimaschutz verkauft wird, ist in Wahrheit die Einführung eines neuen, globalen Abrechnungssystems auf Basis von Kohlenstoff mit uns allen als Bilanzposten.

Was bedeutet Net Zero eigentlich?

Seit Jahren geistert der Begriff «Net Zero» durch alle Schlagzeilen, Ministerien und Firmenstrategien. Klingt sauber, klingt modern, klingt nach Verantwortung . Doch wer sich die Mühe macht, hinter die glänzende Fassade dieses Klimaversprechens zu blicken, entdeckt ein globales Machtinstrument, das mit Umweltschutz so viel zu tun hat wie ein Hedgefonds mit Nächstenliebe.

«Net Zero» bedeutet offiziell nicht, dass keine Emissionen mehr entstehen, sondern dass sie lediglich «ausgeglichen» werden.

Das heisst: Wir dürfen weiterhin CO2 ausstossen, solange wir es irgendwo anders wieder «kompensieren». Aufforstungsprojekte, CO₂-Zertifikate oder technische Verfahren wie «Carbon Capture» sollen dafür sorgen, dass der globale CO₂-Saldo bei null landet. Auf dem Papier. In der Realität bleibt der Dreck in der Luft, während eine neue Billionenindustrie entsteht: der Handel mit Emissionsrechten. Wer Geld hat, kauft sich frei, wer keins hat, verzichtet «für den Planeten».





Die UN-Initiative «Race to Zero»

Seit 2019 läuft unter dem Dach der UN-Initiative «Race to Zero» der Versuch, die gesamte Weltwirtschaft auf dieses Prinzip zu trimmen. Bis 2050 sollen alle Emissionen bilanziell auf null sinken. Hinter dieser Formel steckt aber kein globaler Klimavertrag, sondern ein neues Finanzsystem, ein «grünes Bretton Woods». Die Grundlage liefern die UNO-Behörden UNFCCC und IPCC mit ihrem sogenannten «CO₂-Budget». Das Geld verwaltet die «Glasgow Financial Alliance for Net Zero» (GFANZ), gegründet 2021 von Mark Carney, dem ehemaligen Chef der Bank of England und heutigen UN-Sonderbeauftragten für Klimafinanzierung, zudem jetzt der kanadische Premierminister (Sachen gibt's...). GFANZ vereinte zu Beginn über 500 Finanzinstitute mit mehr als 150 Billionen Dollar an verwaltetem Vermögen, darunter BlackRock, Vanguard, UBS, Allianz und Deutsche Bank. Das ist keine Klimabewegung, das ist die grösste Kapitalumverteilung der Geschichte. Das Ziel ist einfach formuliert: Statt Gold, Dollar oder Öl soll künftig CO2 die neue Recheneinheit der Weltwirtschaft werden.

Jedes Land, jedes Unternehmen, jeder Mensch erhält ein digitales Emissionskonto. Du fliegst in die Ferien? Minuspunkt. Du kaufst «grüne» Zertifikate? Pluspunkt. So entsteht eine globale Buchhaltung auf Basis von Kohlenstoff, gekoppelt an digitale Identitäten und



möglicherweise an digitales Zentralbankgeld (CBDCs). In dieser «Net Zero Economy» wird jeder Atemzug, jede Bewegung, jeder Konsumakt zur potenziellen Datenspur, perfekt überwacht, perfekt verrechenbar. Es ist das Konzept einer totalüberwachten Ressourcenwirtschaft, getarnt als moralischer Fortschritt.

Die Kompensationsmechanik ist der schwächste, aber profitabelste Teil des Systems. Weil echte Null-Emissionen unerreichbar sind, kaufen sich Staaten und Konzerne frei, indem sie CO₂-Zertifikate erwerben, meist aus Projekten im globalen Süden. Diese Projekte werden häufig von denselben Finanzakteuren verwaltet, die den Zertifikatehandel kontrollieren. Der Witz: Viele dieser sogenannten «Offsets» existieren nur auf dem Papier. Wälder, die nie gepflanzt wurden, Böden, die nie CO2 gebunden haben.

Es ist ein modernes Ablasssystem: Klimasünden gegen Gebühr. Wer zahlt, darf weiter verbrennen. Wer nicht zahlt, soll verzichten.

Warum lieben Finanzakteure dieses Spiel? Weil sich mit «Net Zero» nicht die Welt retten, aber fantastisch verdienen lässt. Statt fossile Energie zu fördern, fliessen Billionen in «grüne» Anleihen, ESG-Ratings, nachhaltige Finanzprodukte und den Carbon Market. Es ist ein neues Investment-Paradies mit moralischer Tarnung. BlackRock treibt ESG-Richtlinien voran, das WEF liefert die Erzählung («You will own nothing and be Net Zero»), und die Zentralbanken sorgen dafür, dass nur noch «grüne» Kredite vergeben werden. Wer nicht mitspielt, wird vom Kapitalmarkt ausgeschlossen.

Doch «Net Zero» ist nicht nur ein Finanzvehikel, sondern auch ein geopolitisches Instrument. Staaten, die sich nicht an die CO₂-Ziele halten, verlieren den Zugang zu internationalen Kapitalmärkten. Über den CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) der EU werden Exporte aus «ungrünen» Ländern bestraft. Das ist nichts anderes als Sanktionspolitik unter grünem Etikett. Mit moralischem Druck und wirtschaftlicher Erpressung entsteht ein neues System globaler Abhängigkeiten.

Unter der Oberfläche wirkt ein fein abgestimmtes Netzwerk. Die UN liefern das Narrativ, die Zentralbanken und der Internationale Währungsfonds (IWF) sorgen für die monetäre Einbettung, und private Konzerne entwickeln die technologische Infrastruktur. Plattformen wie Microsoft, Accenture oder Salesforce bauen Systeme für CO₂-Tracking, während Mastercard und Visa «nachhaltige» Kreditkarten testen, die den individuellen CO2-Fussabdruck überwachen. Das World Economic Forum (WEF) entwirft parallel das Konzept der «Digital ID», das Identitäten mit ESG-Profilen verknüpft. Kombiniert man das mit



digitalem Zentralbankgeld, lässt sich theoretisch jede Transaktion nach «Klimawirkung» bewerten und beschränken. Eine Zahlung mit zu hohem CO₂-Fussabdruck könnte automatisch teurer oder blockiert werden. Das ist das Zeitalter des programmierten Konsums.

Der Schlüsselbegriff lautet ESG: Environmental, Social, Governance.

Was als freiwillige Nachhaltigkeitsrichtlinie begann, ist heute ein globales Rating- und Regulierungsinstrument. Ein schlechter ESG-Score kann höhere Kreditzinsen, den Verlust von Investoren oder gar ein Delisting an der Börse bedeuten. Damit wird «Net Zero» zum Zwangssystem, eingebaut in Bilanzierung, Kreditvergabe und Unternehmensbewertung. Die Buchhalter dieser neuen Klimareligion heissen TCFD, CDP, SBTi und ISSB, Organisationen, die Klimadaten standardisieren, Zielvorgaben setzen und damit den Massstab für «grünes Verhalten» definieren. Seit 2024 sind diese Standards in über 140 Ländern verpflichtend. Der moralische Zeigefinger wird zum Gesetz.

Offiziell heisst es: «Net Zero schützt das Klima.» In Wahrheit etabliert «Net Zero» ein globales Kontroll- und Bewertungssystem für Ressourcen, Energie, Kapital und Menschen unter dem Vorwand des Klimaschutzes.

Es geht nicht um Bäume, nicht um Wetter, nicht um Rettung. Es geht um Kontrolle, Kapital und Konformität. CO2 wird zur neuen Währung, Daten zum neuen Gold, Klimapunkte zum neuen Bargeld. Und wir? Wir sollen glauben, dass das alles «nachhaltig» ist.

«Net Zero» ist kein Öko-Plan, sondern ein neuer Gesellschaftsvertrag, entworfen von Banken, Konzernen und supranationalen Institutionen. Wer die Spielregeln nicht akzeptiert, verliert Zugang zu Geld, Märkten und Mobilität. Das ist kein Klimaprojekt. Das ist ein Umbau der Weltwirtschaft und zwar von oben nach unten.





Das neue «Green Bretton Woods» - Kohlenstoff als Leitwährung

Das alte Bretton-Woods-System von 1944 war die Grundlage der Nachkriegsfinanzordnung: der US-Dollar, gedeckt durch Gold. Nach 1971 fiel die Goldbindung, der Dollar blieb, das Vertrauen auch. Heute entsteht unter dem Banner von «Net Zero» ein neues Bretton Woods: diesmal grün, global und auf Kohlenstoff gebaut.

In diesem «Green Bretton Woods» wird CO₂ zur neuen Deckung, zur Messlatte wirtschaftlicher und moralischer Wertschöpfung. Wer CO₂ spart, besitzt «Wert». Wer CO₂ ausstösst, gilt als Schuldner. Die Finanzströme werden nicht mehr durch Gold oder Öl bestimmt, sondern durch Klimapunkte und digitale Kohlenstoff-Bilanzen. Weltbank, IWF, BIS und GFANZ schaffen damit ein System der globalen Schuldensteuerung. Ein CO₂basiertes Weltrechnungswesen, kontrolliert von denselben Akteuren, die schon das alte System verwalteten.

Das ist kein Nebeneffekt, das ist das Design: ein globaler Umbau des Geldsystems unter moralischem Vorwand. Die grösste monetäre Transformation seit 1944, diesmal mit CO2 als Währung und mit «Net Zero» als Vorwand.



Die Schweizer Variante:

«Net Zero» wird zur Verwaltungspflicht

Während in Davos, New York und Genf die grossen Reden über den «Klimaschutz» geschwungen werden, bringt der Bundesrat das Ganze nun auf Schweizer Boden, ganz pragmatisch, ganz «neutral», wie man hier sagt. In der laufenden Vernehmlassung zur Änderung der Klimaschutz-Verordnung (KlV) zeigt sich, was «Net Zero» in der Praxis wirklich heisst: eine vollständige Digitalisierung und Bilanzierung sämtlicher Aktivitäten des Staates.

Ab sofort sollen alle Bundesstellen, von der Post bis zur Armee, ihre Emissionen systematisch erfassen. Und zwar nicht nur den Diesel im Panzer oder den Heizölverbrauch im Schulhaus, sondern auch die indirekten Emissionen entlang der gesamten Lieferkette, also jene, die durch Aufträge, Reisen oder eingekaufte Dienstleistungen entstehen. In der Sprache der neuen Klima-Ökonomie nennt sich das «Scope 1 bis 3», ein Begriff aus dem «Greenhouse Gas Protocol», der ursprünglich für Grosskonzerne entwickelt wurde und jetzt Schritt für Schritt auf die Verwaltung übertragen wird.

Konkret sieht die neue Verordnung vor, dass das UVEK (Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation) und das VBS (Verteidigungsdepartement) künftig gemeinsam für die Erstellung, Überwachung und Berichterstattung dieser Klimabilanzen verantwortlich sind. Dafür wird eine zentrale digitale Erfassungsplattform eingerichtet, auf die alle Ämter zugreifen. Dort müssen sie jährlich ihre Treibhausgasdaten eingeben, nachprüfen und validieren lassen, natürlich nach internationalen Standards und mit den passenden Zertifikaten. Wer jetzt glaubt, das sei eine interne Verwaltungshilfe, täuscht sich gewaltig: Dieses System ist der Prototyp eines nationalen Emissionsregisters, das sich nahtlos in das globale «Carbon Accounting»-System einfügt.

Und ja, das gilt ausdrücklich auch fürs Militär.

Die Schweiz soll «bis 2050 keine Treibhausgase mehr ausstossen». Man fragt sich da kurz: Werden die F-35 demnächst mit Pedalantrieb ausgeliefert? Oder ersetzt die Infanterie ihre Sturmgewehre durch Gummiband-Sets, weil das Abfeuern einer 5,56-Patrone ja bekanntlich fast 1 g CO₂ produziert? Vielleicht testet armasuisse bald Biobaumwoll-Granaten und CO₂-neutrale Feldrationen. In jedem Fall: Wenn die Truppen nicht bald auf Velos umgeschult werden, fehlt wohl nur noch die Anweisung, Panzer künftig mit Blasebalg statt Diesel zu betreiben.



Kurz: Die Verwaltung verkauft das als «effiziente Datenerhebung». In Wahrheit ist es die formale Überführung militärischer Schlagkraft in Excel-Zeilen und Zertifikate: sauber dokumentiert, auditiert und klimafreundlich gebucht. Das ist die Schweiz, wo künftig selbst der Krieg CO2-neutral sein soll. Hauptsache, die Bilanz stimmt.

Das klingt für manche vielleicht nach effizienter Staatsführung, ist aber in Wahrheit der Einstieg in eine neue Form der Verwaltung, in der jede Handlung zu einem Datensatz und jeder Datensatz zu einem Emissionswert wird. Ob eine Sitzung im Bundeshaus, ein Bauauftrag im Kanton Aargau oder eine Dienstreise nach Brüssel: Alles wird bilanziert, bewertet und schliesslich in die jährliche Emissionsrechnung eingepflegt. Die Schweiz wird so zum Versuchslabor für CO₂-basierte Verwaltung, in der Klimaindikatoren künftig denselben Rang einnehmen wie Budgetzahlen oder Haushaltsbilanzen.

Und weil sich «Netto-Null» in der Praxis kaum erreichen lässt, enthält die Verordnung einen eleganten Notausgang: Der Bund darf CO2-Zertifikate kaufen, um seine Restemissionen zu kompensieren. Das bedeutet, dass der Staat offiziell «klimaneutral» werden kann, auch wenn er weiterhin tonnenweise Treibstoff verbrennt. Hauptsache, die Buchhaltung stimmt.

Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) wird diese Zertifikate zentral beschaffen und verwalten. Damit entsteht die Infrastruktur für eine staatliche «Klimakasse», über die künftig auch Kantone und Gemeinden eingebunden werden könnten. Mit anderen Worten: Der Staat darf weiter verbrennen und unser Steuergeld gleich mit.

Das klingt zunächst sehr technisch, ist aber politisch explosiv:

Der Bund etabliert hier die erste vollintegrierte Net-Zero-Verwaltung Europas.

Mit digitaler Plattform, zentraler Datenbank, jährlicher Berichterstattung und verpflichtender Kompensation. Wer das zu Ende denkt, erkennt: Das ist kein nationales Klimaprojekt, sondern der schweizerische Vorlauf für das globale System der CO₂-Buchhaltung, das UNO, Weltbank und WEF schon seit Jahren planen.

In der offiziellen Sprache des Bundesrats liest sich das selbstverständlich harmloser: «Mit der vorliegenden Verordnungsänderung wird die Grundlage geschaffen, um die Netto-Null-Ziele des Bundes zu erreichen und die Vorbildfunktion der Bundesverwaltung zu stärken.» In Wahrheit macht sich die Schweiz damit nicht zum Vorbild, sondern zum Idioten eines falschen Narrativs. Ein Staat im Selbstversuch, stolz darauf, die eigene Effizienz in der Selbsttäuschung zu messen.



Kurz gesagt:

Was in Glasgow beschlossen, in Brüssel standardisiert und in Genf applaudiert wurde, wird jetzt in Bern implementiert. Mit Schweizer Präzision, Schweizer Effizienz und Schweizer Naivität.

Vielleicht retten wir nicht das Klima, aber ganz sicher das Kontrollsystem. Und wie immer machen die Schweizer brav mit: pünktlich, präzise, pflichtbewusst. Wer «Net Zero» glaubt, glaubt auch, dass ein Ablasshandel den Himmel rettet. Nur diesmal ist der Himmel digital und der Priester ist längst abgetreten.

Nachtrag 2025 - Die Bühne brennt

Während der Bundesrat in Bern also eifrig seine «Net Zero»-Verordnung durchzieht und die Verwaltung in CO₂-Bilanzen ertränkt, fällt das globale Kartenhaus gerade in sich zusammen.

Im Oktober 2025 hat die Net Zero Banking Alliance (NZBA), das Rückgrat der UN-geführten «Race to Zero»-Architektur, offiziell den Betrieb eingestellt. Die Banken haben abgestimmt: aufgelöst, beendet, ad acta gelegt.

BlackRock war der erste Dominostein. Nach dessen Ausstieg folgten Goldman Sachs, JPMorgan, Citigroup, Morgan Stanley, HSBC, Barclays, UBS und fast sämtliche Grossbanken Kanadas. Damit war der Traum einer «grünen Weltfinanz» vorbei, bevor er richtig begonnen hatte.

Was übrig bleibt, ist ein zahnloses «Guidance Model», ein freiwilliger Leitfaden für Banken, die es noch nötig haben, sich moralisch zu schmücken. In Wahrheit hat der Markt gesprochen: Das Net-Zero-Regime ist ökonomisch nicht tragfähig, sozial verheerend und politisch toxisch.

Energie-Realisten wie Ryan Zorn formulieren es brutal ehrlich:

«RIP! Und nicht einen Moment zu früh für die 2,1 Milliarden Menschen, die in Energiearmut leben, und viel zu spät für die 16,5 Millionen, die an Rauchvergiftung starben, während die Net Zero Banking Alliance ihnen den Zugang zu sauberem Brennstoff verweigerte.»



Game Over:

Selbst Bill Gates hat (warum auch immer) genug vom Weltuntergang

Selbst der grösste Apostel der «Net Zero»-Religion (und gern gesehene Gast in der Schweiz) zieht die Reissleine, während Bern noch die Hymne probt. In einem Memo vom 30. Oktober 2025 fordert Bill Gates einen «Kurswechsel in der Klimapolitik» und warnt vor einer «Weltuntergangsstimmung», die «mehr Schaden als Nutzen» anrichte. Gates, der jahrzehntelang als globaler Klimaprediger galt und Kühen das Pupsen verbieten wollte, schreibt plötzlich:

«Der Klimawandel ist ernst, aber er wird nicht das Ende der Zivilisation sein. Die Menschen können an den meisten Orten der Erde leben und gedeihen.»

Statt CO₂-Zielen fordert er nun, Armut, Gesundheit und Anpassung in den Mittelpunkt zu stellen und damit genau das Gegenteil dessen, was das «Net Zero»-Dogma verlangt.

Während Donald Trump die Abkehr triumphierend als «Sieg der Vernunft» feiert, geraten Klimaforscher in Panik. Jeffrey Sachs (dessen Institut von denselben Stiftungen lebt, die den Klimadiskurs finanzieren), nennt Gates' Memo «sinnlos und verwirrend». Michael Oppenheimer (IPCC-Veteran und langjähriger Berater des US-Klimakomplexes) warnt vor einer «falschen Gegensätzlichkeit».

Doch die eigentliche Nachricht lautet: Einer der prominentesten Sponsoren des Klimanarrativs hat das Vertrauen verloren und das just in dem Moment, in dem die Untersuchung seiner Gates Stiftung läuft und enge China-Verbindungen ans Licht kommen.

Und in Bern? Bislang kein Wort. Kein einziger Satz in den Medien.

Während selbst die Architekten und Finanziers des Systems den Rückzug antreten, führt die Schweiz es mit unerschütterlicher Gründlichkeit ein. Als Probelauf für eine Weltordnung, die schon kollabiert.

Das ist kein Fortschritt. Das ist Verwaltung auf Titanic-Niveau: Die Bühne brennt, das Schiff sinkt, und in Bern wird noch die Klimabilanz des Orchesters berechnet.

Positiv gesehen (WIR wollen ja immer positiv denken) könnte es aber auch so enden: «You will own nothing and be Net Zero» - für den Staat!



• Lesenswerte neue Studie: Global Warming and the "impossible" Radiation Imbalance